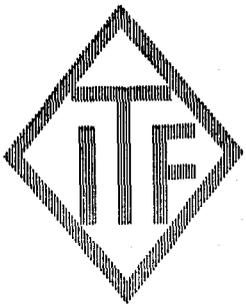




FASCHISMUS

Nummer 4

Amsterdam, den 25. August 1934.



Das Ende eines Ständestaats. (ITF) Der Freistaat Danzig,
der einzige Staat
der Erde, der den Ständestaat "verwirklicht" hatte, berei-
tet allen Verehrern ständischer Illusionen eine herbe
Enttäuschung. Der ständische Aufbau wurde am 28. Juli
liquidiert.

Im Juli und August 1933 hatte der nationalsozialistische Danziger Senat durch nicht weniger als 5 Verordnungen den ständischen Aufbau "vorbereitet". Mussolini gibt seit 8 Jahren Verordnungen zur Vorbereitung des Ständestaats heraus, in Deutschland ist der ständische Aufbau feierlich vertagt worden, Danzig musste die ständische Ehre retten. Am 1. März 1934 erschien das "Arbeitertum", das Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront, mit dem Jubelschrei: "Der ständische Aufbau in Danzig vollendet!.... Das Zeitalter des Liberalismus und des aus ihm geborenen Marxismus hat seinen Abschluss gefunden."

Jetzt ist im nationalsozialistischen Danzig das Zeitalter des Liberalismus wieder angebrochen, und es ist anzunehmen, dass eines Tages gar das Zeitalter des Marxismus dem nationalsozialistischen Spuk, und dies nicht nur in Danzig, endgültig ein Ende machen wird.

An die Stelle des pompösen ständischen Aufbaus tritt wieder eine ganz gewöhnliche Industrie- und Handelskammer und eine Handwerkskammer, wie sie in jeder "liberalistisch verseuchten" kapitalistischen Demokratie üblich ist. In beiden Kammern sollen Unternehmer und Arbeiter vertreten sein. Die Unternehmer wählen aber nicht nur ihre eigenen Vertreter, sondern gleichzeitig indirekt die der Arbeiter und Angestellten; in jedem Betrieb bestimmt der vom Unternehmer zusammengestellte, nach reichsdeutschem Muster gebildete "Vertrauensrat" ein Mitglied der Belegschaft. Diese vom Unternehmer Ausgesiebten wählen dann die Vertreter der Danziger Belegschaften. Und vorsichtshalber gilt ein Kammermitglied erst nach Bestätigung durch den nationalsozialistischen Senat als gewählt.

Je drei Mitglieder der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Bauernkammer bilden zusammen mit 9 vom Senat Ernannten einen 18-köpfigen Wirtschaftsrat. Dieser Wirtschaftsrat, der als trauriger Überrest des ständischen Aufbaus übrig blieb, darf den Senat in Wirtschaftsfragen beraten. Zu bestimmen hat er nichts. Es macht den grundsatzfesten Danziger Nationalsozialisten deshalb auch nichts aus, dass sich in diesem Wirtschaftsrat "minderrassige" Polen und Juden befinden. Nur auf kapitalistische Zuverlässigkeit wird unbedingt geachtet.

Die Danziger Komödie hat einen ernsten Hintergrund, zwar nicht für Danzig, doch für das Dritte Reich. In Danzig ist die Entscheidung vorweggenommen, dass die Arbeitsfront auch auf dem Umweg über den ständischen Aufbau keine Wiederbelebung erfahren soll. Der nationalsozialistische Gauleiter Forster hat dieser Entscheidung zugestimmt. Forster aber ist als Leiter der Reichsberufsgruppen der ernsteste Konkurrent von Dr. Loy in der Deutschen Arbeitsfront.

Der Kampf um die Generallinie. (ITF) Während im Dritten Reich mit viel Gedröhn ein Reichspräsident begraben und bei den Scheinwahlen die in Konzentrationslager Gesperrten "begeistert" für Hitler stimmen mussten, wird hinter den Kulissen der Kampf um die Herrschaft vorbissen weitergeführt. Die Schwerindustrie will die ihr entglittene Führung der deutschen Unternehmer wiedergewinnen. Sie hat einen etwas schwierigen Stand. Die Nationalsozialisten empfinden jedoch für den mittleren Unternehmer grosse Sympathie, und nur aus der Erkenntnis, dass Kanonen nun einmal nicht in der Dorfschmiede verfertigt werden können und Giftgase nicht in der Kleinstadt-Apotheke, gestehen die nationalsozialistischen Agitatoren dem Grossbetrieb die Existenzberechtigung zu. Die Kleinindustriellen benutzten diese Stimmung, um mit Hilfe der NSDAP die Schwerindustrie zurückzudrängen.

Die im Reichsnährstand führenden Agrarier hatten eine Schwenkung der deutschen Handelspolitik erreicht, die nicht nur die Existenz der Exportindustrie, sondern die Rohstoffversorgung aller Unternehmer bedrohte. Gleichzeitig verlangte die Regierung die Auflösung der alten Arbeitgeberverbände bis zum 30. Juni 1934; die Nationalsozialisten hatten diese Auflösung den ihrer Organisationen beraubten Arbeitern und Angestellten zur Beruhigung versprochen. Der kleine Unternehmer war genau so wie der Grossindustrielle an der Fortführung schlagkräftiger Unternehmerverbände interessiert. Es gelang der geschickt manövrierenden Schwerindustrie im März 1934, unter ihrer Führung auch die mittleren und kleinen Unternehmer zu den 13 Verbänden der "Wirtschaftsführung" zusammenzufassen, zur Vertretung der Interessen der Gesamtindustrie gegen Agrarier und vor allem gegen die Arbeiterschaft.

Zum Leiter dieser neuen Unternehmerverbände wurde der Generaldirektor Kessler der Bergmann-Elektrizitätswerke bestimmt. Die Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. sind ein Gemeinschaftsunternehmen des amerikanischen Elektro-Kapitals (General Electric) und des Siemens-Konzerns; sie sind sowohl an Staatsaufträgen interessiert als auch export-orientiert, also gleichzeitig Gegner der Autarkie und Nutzniesser der Regierungsmassnahmen. Kesslers Stellvertreter wurde der Graf von der Goltz, der nach seiner Tätigkeit an der Unionbank des schwedischen Zündholzkönigs Ivar Kreuger als Syndikus des gelben pommerschen Landarbeiterbundes arbeitete und sich damit zum Treuhänder der Arbeit für Pommern und für die Seeschifffahrt qualifiziert hatte.

Kessler erhielt von der Regierung den Auftrag, für "rasche und planmässige Förderung der Ausfuhr" zu sorgen und die Industrie "im nationalsozialistischen Sinne" neu zu gliedern. Die Art dieser Gliederung entschied zugleich endgültig über die Position der Führung der Arbeitsfront. Die Führung der Arbeitsfront versuchte, gemeinsam mit den orthodoxen Nationalsozialisten, den Vorstoss der Unternehmer abzufangen. Generaldirektor Kessler wurde veranlasst, die Auflösung des unter Führung Krupps stehenden Reichsstandes der deutschen Industrie, der Fortsetzung des früheren Reichsverbandes der deutschen Industrie, zu betreiben. Und auf dem Umweg über eine straffe Aussenhandels-Organisation sollte der Einfluss der NSDAP auf die Unternehmerverbände wiederhergestellt werden.

Zunächst schien dieser Plan Erfolg zu haben. Noch am 6. Juli wurde Kessler als "Führer der Wirtschaft" vom Reichsverkehrsminister in den Reichsverkehrsrat berufen; am 11. Juli aber, fünf Tage darauf, wurde seine Absetzung als Führer der Wirtschaft bekanntgegeben. Die Schwerindustrie hatte ihn gestürzt.

3.)

Krupp hatte sich wiederum der Gefolgschaft der gesamten Industrie versichert; die verarbeitende Industrie und die Grosschemie waren durch die Umgestaltung des Reichsstandes gewonnen worden. Das hochheilige nationalsozialistische Führerprinzip wurde über Bord geworfen, der Reichsstand zu einem Kollegium der gleichberechtigten Industriegruppen umgestaltet, das sich der Führung Krupps unterstellte. Graf von der Goltz, dem die kommissarische Vertretung übertragen wurde, sicherte den Fortbestand des Reichsstandes der deutschen Industrie zu und umriss die Aufgaben der Wirtschaftsführung in einer die Grossindustrie zufriedenstellenden Weise: die "Privatinitiative" der Unternehmer wird durch keine "nationalsozialistische" Massnahmen beschränkt werden, die Grossbetriebe erhalten das Recht, kleine Unternehmungen aufzukaufen und im Zeichen der Arbeitsbeschaffung! -- stillzuliegen. Dem Konkurrenzkampf der Grossen gegen die Kleinen wird keine Fessel angelegt. Die Arbeitsfront wurde in aller Öffentlichkeit zurechtgewiesen. Die Wirtschaftsführung, erklärte Graf von der Goltz, hat im wesentlichen die Aufgabe der "trouhänderrischen Vermittlung zwischen Regierung und Wirtschaft, der gutachtlichen Beratung der Ministerien." Damit ist das deutsche Grosskapital von der braunen Diktatur als selbständige Grossmacht anerkannt worden, mit der die Regierung verhandeln muss und deren Ratschläge sie zu befolgen hat. Hitler selbst musste durch die Ernennung des Reichsbank-Präsidenten Schacht zum Reichswirtschaftsminister den Erfolg der Industrie bekräftigen.

Die mittelständlerische Führung der NSDAP hat jedoch den Kampf nicht aufgegeben. Zwar ist gleichzeitig mit Kessler der Wirtschaftsberater des Führerstabes der NSDAP, der Chemie-Industrielle Pietsch, als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemie zurückgetreten. Aber es war nur eine Demonstration. Sein Nachfolger wurde der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats des von ihm geleiteten Unternehmens. Und in den Tagen, in denen Hitler den Industriellen die Beratung der Ministerien zugestehen musste, hat er angeordnet, dass an der Bearbeitung sämtlicher wirtschaftlichen Gesetzentwürfe Pietsch teilzunehmen habe. Die nationalsozialistische Führung will mit Hilfe der Bürokratie den Kampf fortsetzen. Die Industriellen haben sich damit nicht zufrieden gegeben. Die nationalsozialistische Diktatur musste die endgültige Konstituierung der "Wirtschaftsführung" auf den Herbst verschieben. Der Kampf hinter den Kulissen geht weiter und wird von der Industrie mit allen Mitteln geführt. Für die deutsche Arbeiterschaft ist diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse unter den Herrschern des Dritten Reiches von allergrösster Bedeutung.

Ein Vorbild. (ITF) Am 2. Mai 1933 besetzte SA die Zentren der
===== deutschen freien Gewerkschaften. Am 4. Mai meldete die Pressestelle der NSBO: "Die Beauftragten des Aktionskomitees der NSBO erklären, dass überall, wo sie (!) in die Buchführung oder in die Finanzgeschäfte der freien Gewerkschaften Einblick nahmen, unsaubere und dunkle Geschäfte vorkamen".

Es war wirklich so, wie die boshafte NSBO-Pressestelle berichtete: wo immer ein NSBO-Kommissar an Buchführung oder Kasse gelangte, kam es zu unsauberen und dunklen Geschäften. Mit der "Reinigung" des Einheitsverbandes der Eisenbahner z. B. wurde ein gewisser Fritz Triebel beauftragt. Triebel hatte einst versucht, mit Hilfe der RGO die freie Eisenbahnergewerkschaft zu spalten; er wurde deshalb aus dem Verband ausgeschlossen. Kurze Zeit darauf landete er bei den Nationalsozialisten, die den Überläufer zur Belohnung am 2. Mai 1933 zum Kommissar für den Eisenbahnverband ernannten. 23 Tage "befreite" er die deutschen Eisenbahner; es war -- berichtete die NSBO-Pressestelle -- eine "fast übermenschliche Arbeit". Nach 23 Tagen war seine Arbeit beendet, erschöpft wankte der Reiniger zur Kasse und liess sich -- 829 RM auszahlen. Seine Abgeordnetendiäten -- 20 RM pro Tag -- kamen hinzu, der wackere Reiniger hatte für 23 Tage 1289 RM erhalten, 56 RM pro Tag, 7 RM für jede seiner kostbaren Stunden. Eisenbahn-Freifahrtkarte stellte das Reich, Auto und Chauffeur musste die geplünderte Organisation bezahlen. Pg. Triebel zeigte, dass im Dritten Reich wirklich Eigennutz vor Gemeinnutz geht.

Für seine Verdienste wurde Triebel sofort zum Bezirksleiter Mitteldeutschland der Deutschen Arbeitsfront ernannt und kämpft dort auf seine Art unentwegt weiter gegen "unsaubere und dunkle Geschäfte".

4.) Panik in der Arbeitsfront. (ITF) Die Deutsche Arbeitsfront muss
===== ihre Bönzlein sieben. Wer den
verschärften Kurs gegen die Arbeiter nicht bedingungslos mitma-
chen will, soll entlassen werden. Die Reichsbetriebsgruppe
Verkehr und öffentliche Betriebe hat vorsorglich allen ihren
1500 braunen Bönzlein zum 1. Oktober gekündigt, in der Zentrale
der Reichsbetriebsgruppe Holz erhielten von 300 Angestellten
100 das Kündigungsschreiben. In den Büros der Arbeitsfront
herrscht grosse Unruhe und Aufregung.

Gestohlene Arbeitergroschen. (ITF) Die Reichsanstalt für Arbeits-
===== vermittlung und Arbeitslosen-
versicherung zieht 6,5% des Bruttolohns der deutschen Arbeiter
als Beitrag ein. Durch diesen hohen Beitrag erwirbt der Arbeiter
heute aber nur noch ein Anrecht auf 6 Wochen Arbeitslosenunter-
stützung, danach erhält er nur nach einer scharfen "Bedürftig-
keitsprüfung" das Gnadenbrot der Krisenunterstützung. Die Reichs-
anstalt erhebt trotz des praktisch aufgehobenen Versicherungs-
prinzips die hohen Beiträge seelenruhig weiter, aber verwendet
die eingezogenen Millionen nur zum kleineren Teil für die Arbeits-
losen. Von insgesamt 1 1/2 Milliarden RM wurden im (am 1. April
1934 abgelaufenen) Geschäftsjahr nur 45%, 700 Millionen RM, für
Unterstützung der Arbeitslosen und Arbeitsvermittlung verwandt.
55% flossen auf den verschiedensten Wegen in die unergründlichen
Kassen der Diktatur.

Der sogenannte "Beitrag zur Arbeitslosenversicherung", der
jedem deutschen Arbeiter abgezogen wird, ist eine Sondersteuer
geworden, ein Zuschlag zur Lohnsteuer.

"Kirchensteuer" für die Deutsche Arbeitsfront. (ITF) Die natio-
=====
nalsozialistischen Arbeiter hatten von der Deutschen Arbeits-
front die "Befreiung des deutschen Arbeiters" erwartet, die
Verwirklichung einer neuen Gesellschaftsordnung. Auf dem Grün-
dungskongress der Arbeitsfront (10. Mai 1933) hatte Hitler feier-
lich die Schirmherrschaft übernommen und versprochen, dass die
braune Diktatur als "ehrlichster und redlichster Makler" alle
Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern schlichten werde.
Durch die Arbeitsfront sollten die Klassengegensätze beseitigt
werden und die wahre Volksgemeinschaft entstehen.

Doch es kam alles anders. Der Arbeitsfront wurde verboten,
sich um "die materiellen Fragen des täglichen Arbeitslebens" zu
kümmern. Im Betrieb herrscht durch das Verschiebungsgesetz zur
Ordnung der nationalen Arbeit unbeschränkt der Unternehmer. Die
von der Diktatur eingesetzten "Makler", die als "Treuhandler der
Arbeit" bezeichneten Staatsbeamten, regeln gemeinsam mit den
13 Bezirksbeauftragten der Wirtschaftsführung die allgemeinen
Fragen der Lohnpolitik. Die Wirtschaftsführung sind die neuent-
standenen Unternehmerverbände, ihre Bezirksbeauftragten sind
ausnahmslos Industrielle, Generaldirektoren und Bankiers. Von
den 13 Treuhändern waren 11 als Bankiers, Industrielle, Beamte
oder als Unternehmersyndikus tätig. Der Arbeitsfront blieb nur
noch die Aufgabe, zu verhindern, dass sich die Arbeiter zum Wider-
stand gegen die Unternehmersdiktatur organisieren. Unglücklicher-
weise aber benutzen die Redner der Arbeitsfront häufig noch das
Rednermaterial vom Frühjahr 1933. Mancher nationalsozialistische
Arbeiter könnte die Versprechungen mit der Wirklichkeit verglei-
chen und dadurch stutzig werden. Der Organisationsleiter der
Arbeitsfront, der Spezialist für Kaninchenzucht Klaus Selzner, hat
deshalb jetzt neue Agitationsrichtlinien herausgegeben.

Die Organisationen der Arbeitsfront, erklärt er, "sind
nicht etwa sozialpolitische Organe" zum Schutz der Arbeitenden,
die Arbeitsfront ist "eine rein politische Organisation", durch
die die Propaganda der Nationalsozialisten "eine sinnvolle Er-
weiterung" erfährt. Alle Positionen der Arbeitsfront werden
durch das Personalamt der NSDAP besetzt. Diese "feste Kuppelung
der Arbeitsfront an die NSDAP ist die absolute Garantie dafür,
dass eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik nie in der
Deutschen Arbeitsfront getrieben werden kann". Die Hauptaufgabe
der Deutschen Arbeitsfront ist "die weltanschauliche Erziehung
aller Mitglieder zum Nationalsozialismus". "Es ist klar, dass
für alle in den Gliederungen tätigen Amtswalter das nationalsozia-
listische Programm Richtlinie und Hitlers "Mein Kampf" die Bibel
und das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit der Katechismus
ist.

5.)

Aber viele Mitglieder, schreibt der Organisationsleiter der Arbeitsfront empört, sträuben sich dagegen, dass ihnen für diese Bibelstunden laufend hohe Beiträge abgezogen werden. "Haben nicht Millionen Jahr um Jahr Kirchensteuer bezahlt und zahlen sie immer, ohne zu fragen: Was erhalte ich materiell dafür?" Und bei der Arbeitsfront wird doch wirklich etwas geleistet! Da wird "eine grosszügige nationalsozialistische Propaganda finanziert." Da werden die zahllosen Nazibonzen hoch bezahlt, die sich "heiss hungrig" (!) auf die Arbeitsfront stürzten. Die Beiträge sind nicht verloren, denn alle Bonzen geben das Geld wieder aus, sei es für Saufgelage oder Luxusautos. "Fließen die Beiträge nicht unmittelbar wieder der Volkswirtschaft zu?"

Ein Teil der erpressten Beiträge wird allerdings zurückgehalten, denn die Arbeitsfront will damit die Voraussetzung für einen neuen Lohnabbau um nicht weniger als 1/3 schaffen. Die Arbeitsfront will Stammarbeiter-Siedlungen finanzieren, "um die Stammarbeiter mit ihren Erfahrungen fest an das Werk zu binden". Jeder Stammarbeiter soll Gartenland erhalten und aus diesem Land durch "Kleintierzucht" "ein Drittel an zusätzlichem Einkommen" erwirtschaften; die Löhne können dann entsprechend abgebaut werden. Der Kampf um den Weltmarkt soll mit diesem grosszügigen Lohndumping geführt werden.

Hungerlöhne. (ITF) Die Tabakarbeiter in Lippe (Norddeutschland) erhalten so niedrige Löhne, dass sie davon nicht existieren können. Die nationalsozialistische "Arbeiter"-Partei denkt nicht daran, die Machtmittel der Diktatur zur Erhöhung dieser Löhne einzusetzen, wie sie es wiederholt feierlich versprochen hat, sondern lässt die Tabakarbeiter durch gelegentliche Lebensmittelpakete der NS-Volkswohlfahrt unterstützen. Die Pakete sind klein; denn die NS-Volkswohlfahrt gebraucht für das kleine Lippe mit knapp 170 000 Einwohnern nicht weniger als 7 Automobile.

Der Lohn der deutschen Tabakarbeiter beträgt selbst nach der frisierten Lohnstatistik der Deutschen Arbeitsfront wöchentlich nur 13,53 RM brutto, die Lohntüte enthält einen Netto-Lohn von rund 11 RM. Ein Wohlfahrtserwerbsloser erhält im Reichsdurchschnitt 10 RM wöchentlich, der Tabakarbeiter für seine Arbeit nur 1 RM mehr. Das Eingreifen der Lippeschen Volkswohlfahrt bestätigt, dass die Arbeiter in Deutschland mit 11 RM Wochenlohn hungern. Mit 10 RM wöchentlich verhungern die Erwerbslosen im braunen Paradies.

Christlicher Lohnabbau. (ITF) Die christliche Diktatur hat mit der Zerstörung der österreichischen freien Gewerkschaften die Bahn für einen allgemeinen Lohnabbau freigemacht. In den letzten Monaten wurden die Tariflöhne zwischen 7-22% abgebaut; da aber der faschistische "Gewerkschaftsbund" in keiner Weise die Einhaltung der Lohntarife sichert, ist der wirkliche Lohnabbau noch weit grösser.

Im fleischverarbeitenden Gewerbe der Steiermark wurden die Tariflöhne um 7-8% gesenkt. Bei einer Reihe Wiener Metallfabriken, die für die österreichischen Bundesbahnen arbeiten, beträgt der Lohnabbau 9%. Die Bundesbahnen hatten ursprünglich einen noch grösseren Lohnabbau gefordert und gedroht, dass sie sonst die Aufträge nach Deutschland gäben, "wo man heute sehr billige Arbeitskräfte bekommt". Wenn es um Lohnsenkung geht, entsteht ein odler Wettstreit zwischen den braunen und schwarzen Faschisten, die sich bei anderen Gelegenheiten wechselseitig ermorden.

In den Wiener Färbereien und Chemisch-Putzereien (chemische Reinigung) wurden die Löhne um 8% gesenkt. Sämtliche Überstundenzuschläge wurden auf 25% gekürzt. Kurzarbeitszuschläge fallen fort. Die Wochenfeiertage (es handelt sich um insgesamt 5 1/2 Tage) werden nicht mehr bezahlt. Auch für die Glaser fällt die von den freien Gewerkschaften erkämpfte Bezahlung der Wochenfeiertage vollständig fort. Die fromme christliche Diktatur ist der Auffassung, dass Arbeiterfamilien durch Hungern die kirchlichen Feiertage heiligen sollen.

Im Wiener Hochbau wurden die Stundenlöhne der Bauhilfsarbeiter um 14,75% (von 1.22 auf 1.03 Schilling) gesenkt, die der Professionisten (Facharbeiter) um 14,4% (von 1.60 auf 1.57 Schilling). Die Stundenlöhne der Spezialisten, die bisher zwischen 1.81 und 2.50 Schilling schwankten, wurden um 21.75%, auf 1.40 - 1.88, gesenkt. Im Strassenbau wurde im wesentlichen die gleiche Senkung vorgenommen.

Die Niederlage der sozialistischen Arbeiterschaft Österreichs trifft auch die bisher politisch indifferenten Arbeiter und die verratenen Anhänger der christlichen Diktatur.

Zwangsarbeit. (ITF) Die bulgarische Diktatur hat die Zwangs-
 =====
 arbeit für alle erwerbslosen Arbeiter eingeführt. Alle erwerbslosen Männer zwischen 20 und 50 Jahren müssen künftig gegen Verpflegung und 25 Lewas (RM 0.75) täglich 8 Stunden für den Staat arbeiten. Das Arbeitsmass wird von der Regierung vorgeschrieben. Unterernährte Erwerbslose, die das Arbeitsmass nicht erfüllen können, müssen in abendlichen Überstunden oder an den Sonntagen ihr Pensum aufarbeiten.

Die Zwangsarbeit, die als Arbeitsdienstpflicht bereits für die Jungarbeiterschaft bestand (-- Vermögende können sich loskaufen --), wird auf alle Erwerbslosen ausgedehnt.

Naaziüberfall auf 2 dänische Seeleute in Danzig. (ITF) Als das
 =====
 dänische Fahrzeug "Brynhild" Ende Juni im Danziger Hafen lag, wurden 2 Besatzungsmitglieder auf einem Spaziergang an Land von Nazis schwer misshandelt, weil sie sich weigerten, eine faschistische Demonstration nach Naziart zu grüssen. Sie wurden kurzerhand zu Boden geschlagen und bis zur Bewusstlosigkeit mit Füßen getreten. Die Nazis gingen mit unglaublicher Roheit vor.

Daraufhin forderte der dänische Konsul von Danzig eine Untersuchung des Vorfalles; die überfallenen Seeleute wurden aber erst nach einer Woche vernommen. Die Sache kam vor Gericht. Man hat aber die Schuldigen nicht ausfindig machen können, obwohl einer der "Führer" mit dem Überfall einsetzte. Es erfolgte also keine Bestrafung.

Die Behörden bedauern dieses Vorkommnis und dem Seemann, der dabei seine Mütze verlor und den seine Joppe zerrissen wurde, hat man einen Schadenersatz von 14 Kronen gewährt.

Eine Entschuldigung -- und 14 Kronen, jedoch keine Bestrafung der Schuldigen. Und das im Freistaat Danzig, der unter der Oberhoheit des Völkerbundes steht.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Massregelung der österreichischen Eisenbahner. (ITF) In Österreich
 =====
 wurden erneut
 21 Eisenbahner wegen ihrer politischen Gesinnung unter Verlust aller Ansprüche entlassen. Gegen 16 von ihnen war ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden, das eingestellt werden musste, weil keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Trotzdem wurden sie entlassen, sie, ihre Frauen und ihre Kinder aller Ansprüche beraubt.

Die Bundesbahn-Direktion hat den Erholungsurlaub für alle Eisenbahner um 3 Tage verlängert, bei mehr als 15 Dienstjahren um eine Woche. Aber alle Eisenbahner, die wegen der Beteiligung an den Februarkämpfen disziplinarisch bestraft wurden, wurden von dieser Urlaubsverlängerung ausgeschlossen. Die Folge aller dieser Massregelungen ist eine wachsende Erbitterung unter den Eisenbahnern.

Selbst die Heimwehr-Gelben gegen die Generaldirektion. (ITF) Die
 =====
 österreichische Diktatur hat bisher nicht gewagt, auch die Eisenbahner zum Eintritt in den faschistischen "Gewerkschaftsbund" zu zwingen. Um die Eisenbahner bemühen sich mit gleichem Misserfolg die gelben Heimwehr-Gewerkschaften und die christlichen Organisationen. Selbst diese Gelben mussten sich jetzt gegen die arbeiterfeindliche Politik der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen wenden. Die gelbe "Standesvertretung der heimattreuen Verkehrsbediensteten Österreichs" teilt mit: "Die Generaldirektion der Bundesbahnen hat dem Handelsministerium einen Gesetzentwurf, der die Errichtung einer Personalkommission betrifft, übermittelt. Die Personalkommission soll an die Stelle der bisherigen Personalvertretung treten. Die Mitglieder der Personalvertretung sollen auf Vorschlag des Generaldirektors durch den Präsidenten der Verwaltungskommission ernannt werden. Sie können auch jederzeit durch den Präsidenten wieder abberufen werden. Dass eine auf diese Weise gebildete Personalkommission das Vertrauen des Personals nicht geniessen kann, ist selbstverständlich. Die Exponenten der Bundesbahnverwaltung, Bundesbahnpräsident und Generaldirektor, können nur die Vertreter des Arbeitgebers, nie aber die Vertreter des Arbeitnehmers sein".

Die Heimwehr verlangt nun nicht, dass die Rechte der Eisenbahner auf freie Wahl ihrer Personalvertretung wiederhergestellt werden, sondern nur, dass die Ernennung der Personalkommission durch die Regierung erfolgen soll, von der aber jeder Eisenbahner weiss, dass sie genau so nur "Vertreter des Arbeitgebers, nie aber Vertreter der Arbeitnehmer" ist.

Keine Berufskraftfahrer dabei. (ITF) Der deutsche Reichsverkehrs-
 =====
 minister hat die Bildung eines Reichsverbandes des Kraftfahrgewerbes angeordnet, in dem Kraftwagenverkehr, Kraftomnibusverkehr, Güternahverkehr und Güterfernverkehr (ab 1. Juli 1934) zwangsweise zusammengeschlossen wurden. In der Leitung dieses Reichsverbandes sitzt kein einziger Arbeitnehmer; der Reichsverband hat nur die Aufgabe der "Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange von Unternehmern und Unternehmungen im gewerblichen Kraftverkehr".

Damit aber kein Illusionist auf den Gedanken kommt, dass etwa die gelbe Fachschaft Kraftfahrt der Deutschen Arbeitsfront für die Interessen der Berufskraftfahrer eintritt, hat der Reichsverkehrsminister allen anderen Organisationen die Anerkennung "als Vertretung des Kraftfahrgewerbes" entzogen.

"Lass sie betteln gehn.." (ITF) In Genue hat die Seefahrt-Korpo-
 =====
 ration mit den Reedern vereinbart, dass künftig kein Seemann, der älter als 55 Jahre ist, beschäftigt werden darf. Den Schiffsoffizieren wird eine Alterspension gezahlt. Die Seeleute, die ihr Leben lang auf den Schiffen der Reeder geschuftet haben, stehen vor dem Nichts; sie erhalten keinen Pfennig Unterstützung und finden auf dem Lande keine Arbeit.